

about an outright dictatorship: »Hindenburg and Ludendorff were particularly anxious to retain their popularity, for they were keenly aware that much of their power rested on this pseudo-democratic popular support« (p. 128 f.). To illustrate this and similar claims (»magical figure of Hindenburg«, p. 133) Kitchen brings no evidence. It is this lack of any tie to the public which raises doubts about the bonapartist thesis. His account of Brest-Litovsk, the Bucharest Peace and the attempts to control the Baltic and Polish lands, shows more than other studies the policy-making influence of the OHL. Throughout Kitchen demonstrates the dictatorship silently at work behind the Hertling government. Yet, the bonapartist element, the special pseudo-democratic support remains unsubstantiated. The conclusion on Brest-Litovsk exemplifies Kitchen's assertions: »[...] and the majority of Germans gave their full support to the annexationist ambitions and the power political illusions of the government and the OHL« (p. 184). But, surely the Reichstag majority cannot be equated with the German people for as Kitchen himself acknowledges »the Reichstag was still to a large extent a ›fig leave of absolutism« (p. 152, note 15). How does one measure what the majority of Germans wanted during a state of siege *despite which* some struck for peace and political reforms?

Kitchen has demonstrated better than any other author the extent of Ludendorff's and Hindenburg's influence over the German government, erected in such a manner that they would not have to face any responsibility for their actions. But Kitchen has not demonstrated the bonapartist element because he has restricted his account and analysis solely to the relations between the OHL and the government. He shows that the »concept of the ›purely military« was extended to include nearly every aspect of political life. Since the German public did not become aware of this ›silent dictatorship« Kitchen correctly observes that militarism is »a problem of society as a whole« (p. 278). Dieter K. Buse

Friedrich Zunkel, *Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914–1918* (= Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 3), Drpste Verlag, Düsseldorf 1974, 227 S., Pb., 48 DM.

Die Erforschung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Deutschlands während des Ersten Weltkrieges hat, nachdem das diesen Problemen gewidmete Forschungsprojekt der Carnegiestiftung aus den zwanziger Jahren für Deutschland nicht vollendet worden ist¹, in den letzten Jahren durch eine Reihe wichtiger Untersuchungen² neue Impulse erhalten. Unverkennbar ist freilich, daß sich das Interesse überwiegend auf zwei Fragestellungen konzentriert hat: einmal auf Ursachen der Revolution von 1918 und ihr »Scheitern«, zum andern auf die Analyse der Veränderungen im Verhältnis von Wirtschaft und Staat, die sich in gesamtgesellschaftliche Erklärungsmodelle des »staatsmonopolistischen Kapitalismus« oder des »organisierten Kapitalismus« verdichtet hat³. Zu kurz gekommen ist dem-

1 Eine Zusammenstellung aller in dieser Reihe erschienenen Bände bei *Peter Graf Kielmannsegg*, *Deutschland und der Erste Weltkrieg*, Frankfurt 1968, S. 719; wichtig ist vor allen Dingen auch die nur in englischer Sprache erschienene Zusammenfassung der bis 1933 veröffentlichten Bände von *Albrecht Mendelssohn Bartholdy*, *The War and German Society*, New Haven 1937.

2 *Gerald D. Feldman*, *Army, Industry and Labor in Germany 1914–1918*, Princeton 1966; *ders.*, *Iron and Steel in the German Inflation, 1916–1923*, Princeton 1977; *ders.* / *Heidrun Homburg*, *Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923*, Hamburg 1977; *R. B. Armeson*, *Total Warfare and Compulsory Labor. A Study of the Military-Industrial Complex in Germany during World War I*, The Hague 1964; *Jürgen Kocka*, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*, Göttingen 1973.

3 Vgl. u. a. *Hellmuth Weber*, *Ludendorff und die Monopole. Deutsche Kriegspolitik 1916–1918*, Berlin – DDR 1966; *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, 3 Bde., Berlin – DDR 1968/69; *Heinrich August Winkler* (Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, Göttingen 1974; *J. Kocka*, *Klassengesellschaft im Krieg*.

gegenüber bis heute die präzise Untersuchung der realen ökonomischen und sozialen Situation und ihrer Veränderungen während des Krieges; dies gilt sowohl für eine schichten-spezifische wie auch für eine sektorale und branchenmäßige Analyse. Die Forschungsdefizite, die hier noch vorhanden sind⁴, beeinflussen auch die Ergebnisse dieser Studie, die den ersten Teil der Habilitationsschrift von Zunkel wiedergibt, da die an sich notwendige Rückkoppelung der Diskussionen über die Wirtschaftsordnungspolitik mit der realen ökonomischen und sozialen Lage der Beteiligten nur ganz unzureichend erfolgen kann und damit deren Motive und Interessen relativ undeutlich bleiben.

Die wesentliche Leistung dieses Buches besteht in der akribischen Wiedergabe der Auseinandersetzungen zwischen Unternehmerverbänden, einzelnen industriellen Unternehmungen und ihren führenden Persönlichkeiten einerseits und den zivilen und militärischen Behörden andererseits über die Wirtschaftsordnungspolitik während des Krieges sowie auch schon seit 1915 über die nach dem Kriege zu verfolgende Wirtschaftsordnungspolitik, während die Haltung der politischen Parteien und der Gewerkschaften zu diesen Problemen und die zumindest bei der Sozialdemokratie und den Freien Gewerkschaften stets als integrale Einheit mit der Wirtschaftsordnung betrachtete Frage der zukünftigen Sozialordnung meist nur am Rande mitbehandelt werden bzw. nur bei der Erörterung der Entstehungsgeschichte der ZAG stärkere Berücksichtigung finden. Gut herausgearbeitet werden von Zunkel die unterschiedlichen Positionen zu der zentralen Streitfrage, welches Maß an Einfluß der Staat auf die Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft erhalten sollte, wie weit seine Eingriffe in Produktion und Distribution von Gütern und Dienstleistungen gehen durften, schließlich auch ob die Regulierung der Arbeitsorganisation und der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu den legitimen Aufgaben des Staates gehören sollte. Diese unter den Schlagworten von »Staatssozialismus«, »Gemeinwirtschaft« und »freier Wirtschaft« geführte Kontroverse über die ordnungspolitischen Aufgaben des Staates wird von Zunkel im wesentlichen an den Debatten um Organisationsfragen festgemacht, so am sogenannten »wirtschaftlichen Generalstab«, dem »Reichskommissariat für Übergangswirtschaft«, den zahlreichen Kriegsgesellschaften, dem Reichswirtschaftsamt und schließlich dem Demobilmachungsamt. Dabei bestätigen sich die Ergebnisse, die schon von Gerald D. Feldman erarbeitet worden sind⁵; einmal wird deutlich, wie weitgehende Systemveränderungen von den Vertretern der »Gemeinwirtschaft«, d. h. in erster Linie von Wichard von Moellendorff und den von ihm beeinflussten und nach der Revolution in die Schlüsselstellungen des Reichswirtschaftsamts einziehenden Beamten, in geringerem Maße auch von Rathenau, geplant waren und welche relativ geringen Durchsetzungschancen sie in dem bürokratischen und politischen Entscheidungsprozeß besaßen, zum ändern, wie stark die Aversionen der Industrie – ungeachtet aller internen Divergenzen, auch ungeachtet der Tatsache, daß einzelne Industriebranchen in Verteidigung ihrer eigenen Position immer wieder Anlehnung und Hilfe beim Staat gegen andere Industriebranchen suchten – sich an der gesamten staatlichen Reglementierung – gleich ob damit dauernde Systemveränderungen oder nur eine möglichst hohe Effizienz bei der Herstellung und Verteilung kriegswichtiger Güter erreicht werden sollte – aufluden, so daß der Kampf gegen den

4 Um nur einige der wichtigsten zu nennen: Wir wissen praktisch nichts über die personale Einkommensverteilung und ihre Änderungen, so gut wie nichts über die reale industrielle und landwirtschaftliche Produktion, wenn man sich nicht auf die wenigen, höchst fragwürdigen Schätzungen verlassen will; ganz unerforscht ist die Frage neu entstehender subproletarischer Schichten, und über die Differenzierungsprozesse innerhalb der Industriearbeiterschaft bringt die Literatur ebenfalls nur Andeutungen.

5 Vgl. neben dem in Anm. 2 genannten Buch vor allem seine Aufsätze: *German Business Between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien Agreement*, in: *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft*. Festschrift für Hans Rosenberg, Berlin 1970, S. 312–341; *The Origins of the Stinnes-Legien Agreement: A Documentation*, in: *IWK 19/20, 1972*, S. 45–102.

»Staatssozialismus« weitaus wichtiger als die traditionelle Bekämpfung der »sozialistischen Gefahr« wurde, ja, daß schließlich das Bündnis mit den ehemals als Todfeinden betrachteten sozialistischen Gewerkschaften als Rettung vor der als gefährlicher angesehenen staatlichen Ordnungspolitik gesucht wurde. Wichtig und über die bisherigen Ergebnisse hinausführend ist in diesem Zusammenhang, daß die zahllosen einschneidenden, dabei wenig koordinierten und noch weniger effizienten Eingriffe des Reichswirtschaftsamtes in die Textilwirtschaft eine besondere Bedeutung gewonnen haben, zumal in diesem Industriebereich offensichtlich von den staatlichen Behörden auch nicht die finanziellen Kompensationen, die in anderen Branchen gewährt wurden und dort die Eingriffe vom Unternehmerstandpunkt erträglicher machten, zugestanden worden sind.

Ogleich Zunkel die Benutzung der in den Archiven der DDR befindlichen Akten der Reichsämtler und preußischen Ministerien verweigert wurde und er dieses Quellendefizit nur teilweise durch die übrige bundesstaatliche Überlieferung auszugleichen vermochte, dürften mit dieser Untersuchung bis auf geringe Korrekturen, die sich noch ergeben könnten, die Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Wirtschaftsordnung während des Ersten Weltkrieges geklärt sein, jedenfalls wenn man die Auffassung vertritt, daß Wirtschaftsordnungspolitik hinreichend analysiert ist, wenn die von Industriellen, Gewerkschaftlern, Beamten und Politikern formulierten Meinungsäußerungen und organisatorischen Konzeptionen genau wiedergegeben werden. Mir scheint allerdings, daß dies nur die eine, keineswegs etwa unwichtigere, aber doch nur die eine Seite des Problems ist. Ergänzt werden müßte dies durch eine ebenso stringente Analyse der realen ökonomischen und sozialen Situation der Bevölkerung, die uns im einzelnen Aufschluß darüber geben könnte, welche konkreten Interessen sich in Befürwortung wie Bekämpfung und in der Ausprägung des sich im Krieg voll entfaltenden Staatsinterventionismus durchgesetzt haben.

Peter-Christian Witt

Wolfgang Huber / Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.), Kirche zwischen Krieg und Frieden. Studien zur Geschichte des deutschen Protestantismus (= Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Bd. 31), Klett Verlag, Stuttgart 1976, 627 S., Ln., 43 DM.

Anders als die vorwiegende Fragerichtung von Friedensforschung nach Handlungsmöglichkeiten von Regierungen und zwischenstaatlichen Organisationen setzt die Untersuchung zweier von *Huber / Schwerdtfeger* herausgegebener Aufsatzsammlungen bei den Chancen sozialer Gruppen zur Realisierung von Frieden an. Als exemplarische Gruppen wurden der deutsche Protestantismus und die Arbeiterbewegung ausgewählt.

Der hier referierte Band fragt historisch und systematisierend nach den Handlungsformen, in denen die christlichen Kirchen ihrem irenischen Anspruch gerecht werden können, sowie nach den Hindernissen auf ihrem Weg von theologischer Programmatik zu gesellschaftlich-kirchlicher Praxis.

Fallstudien, die spezifische Vergleiche zwischen dem Verhalten christlicher Organisationen gegenüber Krieg und Revolution beabsichtigen, finden sich eingebettet in einen Bezugsrahmen aus drei historischen Längsschnitten, in denen Prozesse analysiert werden, welche die Stellung des deutschen Protestantismus zum Problem Krieg/Frieden besonders beeinflussten.

Ausgehend von einem aufweisbaren »Zusammenhang zwischen der Struktur einer Organisation und deren [...] Handlungsgrenzen« (S. 11), verfolgen *Wolfgang Huber* und *Theodor Strohm* in der ersten Tendenzanalyse das Werden der sozialen Gestalt des Protestantismus seit der Reformation. Dabei werden die Verfassungstendenzen im außerdeutschen Protestantismus berücksichtigt, dort wie hier vor dem Hintergrund unterschiedlicher Entwicklung der jeweiligen Staatsverfassungen. Zwei grundlegenden Verfassungstypen lassen